

Haushaltsplanberatungen 2021

Anträge der Fraktionen

Hinweise:

Der Inhalt der Anträge der Fraktionen wird zusammengefasst wiedergegeben; es gilt der Antrag in der von der Fraktion vorgelegten Fassung.

Ausschuss für Umwelt und Technik

Es lagen keine Anträge vor.

Ausschuss für Bildung, Gesundheit, Kultur und Soziales

Antrag

Ergebnis:

<p>der B90/die Grünen: Kultur im Alb-Donau-Kreis</p> <p>Die „Kultur“ im Landkreis soll in den Fokus gerückt werden. Dazu wird ein Bericht über das kulturelle Leben und dessen Veränderungen sowie über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Kulturschaffenden beantragt. Weiterhin soll der Landkreis ein Kulturforum initiieren und im Haushaltsplan 2021 einen Fond ausweisen um Kulturschaffende und kulturelle Einrichtungen in existenzieller Notlage aufgrund der Corona-Pandemie zu unterstützen.</p>	<p>Über die fünf Punkte des Antrags wurde einzeln wie folgt abgestimmt:</p> <p>Ziff.: 1 – 4 Ja – 14 Nein – 2 Enth.</p> <p>Ziff.: 2 - 3 Ja – 14 Nein – 3 Enth.</p> <p>Ziff.: 3 - 7 Ja – 10 Nein – 3 Enth.</p> <p>Ziff.: 4 - 5 Ja - 12 Nein – 3 Enth.</p> <p>Ziff.: 5 - 4 Ja – 15 Nein – 1 Enth.</p> <p>Der Antrag ist damit insgesamt abgelehnt.</p>
--	---

<p>der SPD: Nachhaltigkeitsgedanke bei der Zukunft der Valckenburgschule Ulm (VBS) im Blick haben</p> <p>Die SPD steht zum Beschluss die energetischen Sanierung der VBS noch zurückzustellen bzw. später zu entscheiden und derzeit nur unter Verwendung der zugesagten Fördermittel zu sanieren. Um die Zeit zu nutzen, wird beantragt, dass die Verwaltung (sobald es möglich ist) ein Konzept erarbeitet, welches verschiedene Gedanken zur Ökobilanz im Blick auf Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung aufgreift (z.B. Abriss oder Neubau (wo?); Erhalt nutzbarer Teile ...)</p>	<p>Wenn zu einem späteren Zeitpunkt die Planungen für die Grundsanierung der Valckenburgschule aufgenommen werden, wird die Verwaltung den Gedanken des Antrags im Sinne der Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung von Anfang an mit in den Blick nehmen.</p> <p>Der Ausschuss war mit dieser Erledigung des Antrags einstimmig einverstanden.</p>
<p>der B90/die Grünen: Verpflegung in Kitas, Schulen sowie Mensen und Kantinen in Trägerschaft des ADK</p> <p>Der Kreistag solle für die Verpflegung in Kitas, Schulen, Mensen und Kantinen in eigener Trägerschaft nachfolgende Standards festlegen:</p> <ul style="list-style-type: none">- Angebot nach Empfehlung DGE- Bioanteil monetär mind. 20%- Menülinie Fleisch und Menülinie vegetarisch- Snackangebot daran orientiert. <p>Empfehlung für die Kommunen.</p>	<p>Die Valckenburgschule Ulm wurde bereits 2018 DGE-zertifiziert. An der Schmiechtalschule und –kindergarten erfolgt die Schulverpflegung ebenfalls über einen Caterer nach DGE-Vorgaben. An den Pächter der Mensa am Beruflichen Schulzentrum werden künftig entsprechende Empfehlungen gegeben; ebenso zum Snackangebot in den Einrichtungen. Die Kreisverwaltung nimmt mit der Stadt Ulm Kontakt auf, um das dortige Vorgehen zu erfahren, auch im Hinblick auf monetäre Vorgaben bei Neuausschreibungen. Damit wurden die Ziffern 1 bis 4 des Antrags für erledigt erklärt. Der Gedanke der Ziffer 5 wird aufgenommen, indem die Thematik in der Steuerungsgruppe der Bildungsregion diskutiert und für alle Schule zugänglich gemacht wird.</p> <p>Mit dieser Art der Erledigung war der Ausschuss einstimmig einverstanden.</p>

<p>der CDU: Künstliche Intelligenz (KI) und Augmented Reality (AR) in der Lernfabrik 4.0 an der Gewerblichen Schule Ehi.</p> <p>Es wird beantragt, um die bisherigen Aktivitäten abzurunden, für die Erweiterung der Lernfabrik 4.0 um die Themenfelder KI und AR einen Förderantrag beim Land zu stellen. Entsprechende Haushaltsmittel sollen im Haushaltsplan oder der Finanzplanung berücksichtigt werden.</p>	<p>Es wurde einstimmig beschlossen, beim Land einen Förderantrag für die Erweiterung der Lernfabrik 4.0 um die Themenfelder KI und AR zu stellen.</p>
<p>der B90/die Grünen Weiterhin freiwillige Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>Es wird beantragt, dass der Alb-Donau-Kreis weiterhin bereit ist Geflüchtete freiwillig aufzunehmen (soweit Kapazitäten vorhanden) und damit die bisher gelebte Praxis der Willkommenskultur bekräftigt. Außerdem appelliert der Landkreis weiterhin an Bund und Land sich auch künftig und verstärkt für die Bekämpfung von Fluchtursachen einzusetzen.</p>	<p>Der Landkreis wird bei der Aufnahme von Flüchtlingen als „untere staatliche Verwaltungsbehörde“ tätig. Es bestand einstimmiges Einvernehmen, dass der Landkreis seine bisherige Verfahrensweise beibehält und alle Geflüchtete aufnimmt, die zugewiesen werden. Ebenso soll die praktizierte Willkommens- und Integrationskultur weiter gepflegt werden.</p>
<p>der FW Altenpflegeplätze</p> <p>Nach der 5. Fortschreibung des Bestands und der Bedarfsprognose stationäre Pflege aus dem letzten Jahr wird ein Defizit an Pflegeplätzen bestehen. Es wird beantragt, dass die Kreisverwaltung Aussagen darüber macht, mit welchen konkreten Maßnahmen das Defizit an Dauer- und Kurzzeitpflegeplätzen in den Versorgungsbereichen des Kreises ausgeglichen werden können.</p>	<p>Im Rahmen eines mündlichen Berichts informierte die Verwaltung über die Situation und Entwicklungen in der stationären Pflege, der Kurzzeitpflege und Tagespflege. Dabei wurde auf verschiedene im Bau befindliche und weitere geplante Projekte, die bisher nicht im Bestand verzeichnet sind, verwiesen.</p> <p>Es bestand Einvernehmen, dass mit diesem mündlichen Bericht der Antrag erledigt ist.</p>

Verwaltungsausschuss

Antrag

Ergebnis:

<p>der CDU: E-Bike Leasing / Job-Rad-Modell</p> <p>Zahlreiche Arbeitgeber führen Entgeltumwandlungsmodelle zum Zweck des E-Bike-Leasing durch. Es wird beantragt, dass die Landkreisverwaltung ein Job-Rad- bzw. E-Bike-Leasing Modell für alle Landkreisbeschäftigten entwickelt und entsprechende Haushaltsmittel in der Finanzplanung berücksichtigt werden.</p>	<p>Der Verwaltungsausschuss hat einstimmig beschlossen, den Antrag in der dort beschriebenen Form umzusetzen. Die Verwaltung wird dem Ausschuss berichten.</p>
<p>der CDU: Bioökonomie-Konzeption Alb-Donau-Kreis</p> <p>Die Bedeutung der Bioökonomie nimmt immer mehr zu. Es wird beantragt für den Alb-Donau-Kreis eine Bioökonomie-Konzeption zu entwickeln. Auf die Fragestellungen im Antrag wird verwiesen. Der für die Konzeption erforderliche Personalaufwand soll – zunächst befristet – im Haushalt und in der Finanzplanung für den FD 13 bereitgestellt werden.</p>	<p>Der Verwaltungsausschuss hat einstimmig dem Antrag zugestimmt.</p> <p>Die Entwicklung der Bioökonomie-Konzeption wird vom neuen FD 13 übernommen und zusätzlich erforderliches Personal befristet eingestellt.</p>
<p>der CDU: Wasserstoffstrategie Alb-Donau-Kreis</p> <p>Wasserstoff ist ein Energieträger mit Zukunftspotential. Es wird beantragt für den Alb-Donau-Kreis eine Wasserstoffstrategie zu entwickeln. Auf die Aspekte im Antrag wird verwiesen. Der für die Konzeption erforderliche Personalaufwand soll – zunächst befristet – im Haushalt und in der Finanzplanung für den FD 13 bereitgestellt werden.</p>	<p>Der Verwaltungsausschuss hat einstimmig dem Antrag zugestimmt.</p> <p>Die Entwicklung der Bioökonomie-Konzeption wird vom neuen FD 13 übernommen und zusätzlich erforderliches Personal befristet eingestellt.</p>

<p>der FW: Wasserstofftankstellen im ADK</p> <p>Auf den Antrag vom 27.11.2019 wird verwiesen. Es wird beantragt, die vorgesehene Informationsveranstaltung, sobald es die Corona-Pandemie zulässt, nachzuholen.</p>	<p>Die für Ende März 2020 geplante Informationsveranstaltung im „Forum ländlicher Raum“ konnte wegen der Corona-Pandemie nicht durchgeführt werden. Die Verwaltung hat zugesagt, die Veranstaltung, wenn es die Situation zulässt, nachzuholen – ggf. muss ein anderes Format gefunden werden. Über dieses Vorgehen bestand Einvernehmen.</p>
<p>der SPD: Bezahlbare Wohnungen für Menschen mit niedrigem Einkommen</p> <p>Es wird beantragt, im ersten Halbjahr 2021 im Kreistag das Thema Wohnungsbau/Mietwohnraum unter den im Antrag genannten Aspekten zu berichten.</p>	<p>Es handelt sich um ein gesamtgesellschaftliches Thema. Für den Kreistag bzw. den Landkreis bestehen keine Zuständigkeiten. Die Verwaltung hat deshalb vorgeschlagen, dass die Vertreter im Aufsichtsrat der Kreisbau GmbH dieses Thema in die dortige Gesellschafterversammlung einbringen. Um einen Austausch unter den Gemeinden zu ermöglichen, soll zu diesem Thema eine Veranstaltung im „Forum ländlicher Raum“ geplant werden.</p> <p>Der Verwaltungsausschuss war mit diesem Vorschlag einstimmig einverstanden.</p>
<p>der B90/die Grünen: Änderungsantrag zur Kreisförderung Landwirtschaft</p> <p>Die Ziele der Kreisförderung Landwirtschaft werden mit der im bestehenden Förderprogramm definierten Liste förderfähiger Investitionen nur partiell oder gar nicht erreicht. Es wird deshalb eine Änderung der Liste der Fördertatbestände bei der Kreisförderung Landwirtschaft beantragt. Die vorgeschlagenen Änderungen sind im Antrag detailliert aufgeführt.</p>	<p>Der Verwaltungsausschuss hat den Änderungsantrag zur Kreisförderung Landwirtschaft mit Stimmenmehrheit (4 Ja – 4 Enthaltungen - 10 Nein) abgelehnt.</p> <p>(2 Kreisräte nahmen an dieser Abstimmung nicht teil)</p>

der B90/die Grünen:

Klimaschutz konsequent, effizient, stringent und konsistent verfolgen

Die Bekämpfung des Klimawandels gewinnt auch im ADK an Bedeutung. Unsere Anstrengungen müssen in allen Bereichen deutlich erhöht werden. Deshalb wird beantragt:

Mobilität

Das gestaltete Referenzszenario soll zielgerichtet, konsequent und verbindlich umgesetzt werden. Ende 2024/Anfang 2025 soll ein Zwischenbericht erfolgen.

Klimaschutzkonzept und Klimaneutralität

Der ADK soll sich verpflichten, die Kreisverwaltung bereits bis 2035 klimaneutral auszugestalten.

Außerdem soll ein Klimaschutzkonzept ausgearbeitet werden, welches eine Klimaneutralität des gesamten ADK bis 2040 vorsieht.

Verstärktes Bauen mit Holz

Bei der Planung kreiseigener Neu- und Erweiterungsbauten soll vermehrt der Baustoff Holz zum Einsatz kommen. Daneben sollten Fortbildungsmaßnahmen und Broschüren angeboten werden.

Die verschiedenen Punkte des Antrags wurden einzeln behandelt.

Mobilität

Der Landkreis wird weiterhin die Maßnahmen aus dem gestalteten Referenzszenario, die in seinem Zuständigkeitsbereich liegen, zielgerichtet, konsequent und verbindlich umsetzen. Ende 2024/Anfang 2025 wird dazu ein Bericht vorgelegt.

Der Verwaltungsausschuss war hiermit einstimmig einverstanden.

Klimaschutzkonzept und Klimaneutralität

Die Verwaltung stellte dar, dass die Erstellung eines Klimaschutzplans vorgesehen sei. Zeitlich wird sich der Landkreis weiterhin am Klimaschutzpakt des Landes Baden-Württemberg orientieren. Soweit ein früherer Umsetzungszeitpunkt möglich ist, wird dieser angestrebt.

Gegen dieses Vorgehen erhob sich kein Widerspruch.

Verstärktes Bauen mit Holz

Für das „Bauen mit Holz“ sind bereits zahlreiche Broschüren verfügbar, unter anderem aus der Holzbauoffensive des Landes. Der Landkreis wird Hinweise darauf der Öffentlichkeit und der Fachöffentlichkeit (Architekten/Bauherren) bekanntgeben, unter anderem auch über die Homepage des Landratsamts. Ansonsten bestand im Verwaltungsausschuss Einvernehmen mit der Intention des Antrags.

<p><u>Finanzierung Energie- und Mobilitätswende durch OEW-Ausschüttung</u> Künftig sollen mindestens 50 % der OEW-Ausschüttungen in die Energie- und Mobilitätswende auf Kreisebene eingebracht werden.</p>	<p><u>Finanzierung Energie- und Mobilitätswende durch OEW-Ausschüttung</u> Der Verwaltungsausschuss hat den Antrag künftig mindestens 50 % der OEW Ausschüttungen für die Energie- und Mobilitätswende zur Verfügung zu stellen mit Stimmenmehrheit (4 Ja – 0 Enthaltungen - 16 Nein) abgelehnt.</p>
<p>der SPD: Sprachförderung und Entwicklungsgespräche in Kindertageseinrichtungen</p> <p>Da die Einschulungsuntersuchungen (ESU) in diesem Jahr größtenteils entfallen, können Mittel für die Sprachförderung von den Kindertageseinrichtungen im ADK nicht abgerufen bzw. beantragt werden. Es wird beantragt, dass die Verwaltung das Sozial- und Kultusministerium auf diesen Umstand hinweist. Außerdem soll dabei erreicht werden, dass die Erzieherinnen/Erzieher bzw. Kinderärztinnen/Kinderärzte befähigt werden, den Sprachförderbedarf zu ermitteln, damit die entsprechenden Anträge unbürokratisch gestellt werden können.</p>	<p>Auch nach dem jüngsten Erlass des Sozialministeriums (SM) steht für die Gesundheitsämter die Pandemie-Bekämpfung im Vordergrund. Das SM will eine Arbeitsgruppe zum Umgang mit den ESU einberufen. Wenn durch eine pädagogische Fachkraft ein intensiver Sprachförderbedarf festgestellt wird, kann der Träger der Einrichtung Fördergelder unbürokratisch beantragen. Nur die Förderung von Entwicklungsgesprächen setzt eine ESU voraus. Der Landkreis wird die Träger über die ESU sowie über die Vorgehensweise bei der Sprachförderung informieren.</p> <p>Mit diesem Vorgehen war der Verwaltungsausschuss einverstanden.</p>

Aufgestellt:

Stefan Freibauer